

Politeja

No. 6(75), 2021, S. 75-94

<https://doi.org/10.12797/Politeja.18.2021.75.04>

Licensing information: CC BY-NC-ND 4.0

Janusz Józef WĘC 

Jagiellonen-Universität in Kraków

janusz.wec@uj.edu.pl

DIE PROGRAMMATISCHE EVOLUTION DER FDP IN DER OST- UND DEUTSCHLANDPOLITIK IN DEN JAHREN 1974-1982 IM LICHT DER NEUEN QUELLEN VOM ARCHIV DES DEUTSCHEN LIBERALISMUS

ABSTRACT The Program Evolution of the FDP in Ostpolitik and Deutschlandpolitik in 1974-1982 in the Light of the New Resources from the Archive of German Liberalism

The main objective of the article is to analyse the program activities of the Free Democratic Party (FDP) in the Eastern policy (Ostpolitik) and German policy (Deutschlandpolitik) of the Federal Republic of Germany in the years 1974-1982. It needs to be emphasised that the author has used new archive resources from the archive of German Liberalism in Gummersbach in this work. This enabled him to present a new assessment of the influence of the FDP on the Eastern policy of the Federal Republic of Germany during the period presented.

Keywords: Archives of German Liberalism, Federal party congress of the FDP, the FDP's Ostpolitik and Deutschlandpolitik, the Oder-Neisse border, Free Democratic Party, Eastern Bloc countries

I. EINLEITUNG

In ein neues Stadium trat die Programmentwicklung der FDP in der Phase der Anwendungspolitik der Ostverträge mit der UdSSR (1970), Polen (1970) und der Tschechoslowakei (1973) sowie des Grundlagenvertrages mit der DDR (1972) ein.¹ Die radikal-liberale Richtung versuchte zwar durch die Thesen von Wolfgang Schollwer/Georg Schmige von 1974/1975 und die Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik von 1975 das ostpolitische Programm, dem die Konzeption einer gesamteuropäischen Friedensordnung zugrunde lag, aufrechtzuerhalten und es dann weiterzuentwickeln. Jedoch war die innenpolitische Konstellation nicht mehr günstig. In der FDP wurden nämlich die Symptome eines Konfliktes zwischen der radikal-liberalen und der wirtschaftsliberalen Richtung nach 1974 immer deutlicher; eines Konfliktes zwischen den Parteigremien niederer und teilweise mittlerer Instanz einerseits und den Führungsgremien der Partei einschließlich der Bundestagsfraktion andererseits. Diese Spannung wurde bis in die Mitte der 1970er hin dadurch verdeckt, dass man die politische Existenz der Partei nicht gefährden wollte. Nach der Annahme der Kieler Thesen im Jahre 1977, die *de facto* ein neues gesellschaftlich-ökonomisches Programm der FDP darstellten, war das Übergewicht der wirtschaftsliberalen Strömung offenbar.

¹ In der Literatur wird die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD/FDP-Bundesregierung in den Jahren 1969-1982 sehr oft auf zwei folgende Phasen geteilt: (1) die Phase der Ostvertrags- und Deutschlandpolitik während der Regierungszeit von Brandt/Scheel (1969-1974), in der man die dynamische Konzeption einer gesamteuropäischen Friedensordnung in das politische Handeln umzusetzen versuchte; (2) die Phase der Anwendungspolitik der Ostverträge und des Grundlagenvertrages während der Regierungszeit von Schmidt/Genscher (1974-1982), während deren das durchaus statische, aber auch realistischere Konzept eines Kräftegleichgewichts in Europa in der operativen Politik verwirklicht wurde. Zur Programmentwicklung in der FDP in der Phase der Ostvertragspolitik in den Jahren 1969-1974, vgl. J.J. Węc, „Die Programmentwicklung und die Strategie der FDP in der Ostpolitik in den Jahren 1969-1974 im Lichte der neuen Quellen des Archivs des Deutschen Liberalismus“, *Politeja*, vol. 17, Nr. 6/69 (2020), S. 113-159. Mehr zur Konzeption einer gesamteuropäischen Friedensordnung: idem, „Die Konzeption einer gesamteuropäischen Friedensordnung in der Ostpolitik der SPD/FDP-Koalitionsregierung in den Jahren 1969-1974“, in: T. Kubin, J. Łapaj-Kucharska, T. Okraska (red.), *Wokół teoretycznych i praktycznych aspektów stosunków międzynarodowych. Księga jubileuszowa dedykowana Profesorowi Mieczysławowi Stolarczykowi*, Katowice 2020, S. 123-143; M. Stolarczyk, „Friedensordnung in Europa jako środek prowadzący do zjednoczenia państwowego Niemiec“, in: J. Sawczuk (red.), *Zamknięcie kwestii niemieckiej 1989-1991. Studia i szkice*, Opole 2007. Zur internationalen Einordnung der Außenpolitik der SPD/FDP-Bundesregierung in den Jahren 1969-1974; O. Bange, „Etappen und Desiderate der Forschung. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik“, *Archiv für Sozialgeschichte*, Nr. 46 (2006), S. 713-736. Mehr zur bundesdeutschen Außenpolitik in den Jahren 1969-1974: Ch. Hacke: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Frankfurt/M.–Berlin 2003. Mehr zur Deutschlandpolitik der CDU/CSU, SPD und FDP: W.S. Burger, *Problem jedności Niemiec w myśli politycznej zachodnoniemieckich partii: CDU/CSU, SPD i FDP w latach 1945-1990*, Toruń 2002. Mehr zur Geschichte und Organisationsstruktur der FDP: J. Dittberner, *Die FDP: Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven: eine Einführung*, Wiesbaden 2005.

Das Jahr 1977 bildete einen der bisher gewichtigeren Einschnitte in der Programmentwicklung in der FDP. Die folgende Tendenz bestimmte dabei die innerparteilichen Verhältnisse nach 1977: Immer wenn es um die Hervorhebung (1980) bzw. die Sicherung (1981-1982) der Einheit der Partei ging, kamen die Anhänger und die Vertreter der radikal-liberalen Richtung zum Wort. Eine nachhaltige Spur ihrer Einflüsse hinterließ sie sowohl durch das Wahlprogramm von 1980 als auch durch das *Liberales Manifest* von 1982. Jedoch eine entscheidende Bedeutung für die Programmarbeit in den Jahren 1974-1982 hatte die Tatsache, dass sowohl die Bundesregierung als auch die führenden FDP-Parteigremien 1974 eine Weichenstellung vornahmen. Den Orientierungsrahmen für die Ostpolitik hatte demzufolge das Konzept eines Gleichgewichts der Kräfte zu gewährleisten; ein Konzept, an dem Helmut Schmidt seit den 1960er arbeitete und das Hans-Dietrich Genscher teilte. Seine Aufgabe bestand darin, die Festlegungen des Harmel-Berichts der NATO von 1967 in der bundesdeutschen Sicherheitspolitik zu konkretisieren, aber in Wirklichkeit führte es zur Beeinträchtigung der inneren Schlüssigkeit zwischen Rüstungspolitik und der Entspannungspolitik der NATO-Staaten. Tatsächlich sicherte dieses Konzept der Rüstungspolitik ein entscheidendes Übergewicht über die Entspannungspolitik zu. Als Schmidt und Genscher 1974 die neue Bundesregierung bildeten, wurde klar, dass das Konzept eines Gleichgewichts der Kräfte einen Orientierungsrahmen für die Ostpolitik der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der 70er Jahre bieten würde.

Das Hauptforschungsziel des vorliegenden Beitrages besteht darin, die programmatische Arbeit der FDP in der Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1974-1982 unter die Lupe zu nehmen. Der Verfasser formuliert zwei Forschungshypothesen:

- I. die FDP ist in den Jahren 1974-1982 in den Sog der von ihren führenden Gremien in Gang gebrachten ost- und deutschlandpolitischen Passivität geraten, die sich von der Maxime leiten ließ: *Entwickeln, was zu entwickeln ist*;
- II. die FDP gab sich infolgedessen mit der *ex post* erfolgenden Übernahme der amtlichen Positionen der SPD/FDP-Koalition, insbesondere der Rechtspositionen der Bundesregierung, ins Parteiprogramm zufrieden.

In Anlehnung daran werden auch die folgenden Forschungsfragen formuliert:

- (1) welche Bedeutung hatte die Ostpolitik in der Hierarchie der außenpolitischen Zielsetzungen der FDP und insbesondere in welchem Verhältnis stand sie zur Deutschlandpolitik?
- (2) wie sich die Position der radikal-liberalen Strömung der FDP nach 1974 veränderte und wie dies die programmatische Entwicklung der Partei in der Ost- und Deutschlandpolitik beeinflusste?

Hier sei es hervorzuheben, dass der Autor neue Archivressourcen aus dem Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach in dieser Arbeit verwendete. Dadurch wurde es wiederum möglich, auch eine neue Einschätzung des Einflusses der FDP auf die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in diesem Zeitraum zu schildern.

II. DER DISSENS ZWISCHEN DER PARTEI UND IHREN FÜHRUNGSGREMIEN

Die ersten Versuche, ein neues Programm zur Ostpolitik zu erarbeiten, das sich der veränderten internationalen, nach der Unterzeichnung und Ratifizierung der Verträge von Moskau, Warschau und Prag entstandenen, Lage anpassen konnte wurden in der FDP schon in den Jahren 1973-1975 unternommen. Diese Aufgabe kam dem im Januar 1973 beim Bundesvorstand reaktivierten Bundesfachausschusses für Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik der FDP (BFA 1) zu. Zum neuen BFA 1-Vorsitzenden wurde William Borm vom Bundesvorstand berufen.

1. Die Thesen von Schollwer/Schmige

Auf der Sitzung des BFA 1 am 1. und 2. Dezember 1973 in West-Berlin wurde die bisherige Ostpolitik ausführlich bewertet; *Ein unreflektiertes selbstläufiges Treibenlassen der Ost- und Deutschlandpolitik* aus der Eigenbewegung der politischen Auseinandersetzungen während der verkürzten sechsten Legislaturperiode heraus sei „unzureichend“.² Das Plenum des BFA 1 äußerte damit die Ansicht, „dass sowohl unter dem Aspekt der sozial-liberalen Regierung als auch unter dem Aspekt der FDP klarere Zielsetzungen und aufeinander richtig abgestimmte politische Prioritäten erarbeitet werden müssen“ für die Beziehungen zur DDR und zu Osteuropa. Das Plenum beauftragte den Unterausschuss Deutschlandpolitik und namentlich dessen Vorsitzenden, Wolfgang Schollwer, *eine deutschlandpolitische Konzeption zu erarbeiten, die der mit Abschluss des Grundlagenvertrages eingeleiteten politisch-historischen Etappe gerecht wird*. Als erster Schritt hierzu solle eine *deutschland- und ostpolitische Bestandsaufnahme* vorgenommen werden.

Auf der Sitzung des BFA 1 vom 15. bis 16. März 1974 in Goslar stellte Schollwer seinen umfangreichen und grundlegenden Bericht unter dem Titel *Probleme der Ost- und Deutschlandpolitik der BRD* zur Diskussion. Das Dokument wurde vom Bundesfachausschuss als *eine ausgezeichnete und wertvolle Vorarbeit für die Herausformung einer künftigen, deutschland- und ostpolitischen Konzeption der F.D.P.* gewürdigt.³ Zwei Monate vor der Wahl Helmut Schmidts zum neuen Bundeskanzler bemängelte Schollwer die Passivität der Bundesregierung, die seit den Wahlen im Herbst 1972 in der bundesdeutschen Ostpolitik eingetreten war und über die auch die letzten Erfolge wie etwa die Unterzeichnung des Prager Vertrages am 11. Dezember 1973 und die darauf folgende Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Tschechoslowakei, Bulgarien und Ungarn nicht täuschen dürften.

Diese ostpolitische Passivität passte nicht mehr zur dynamischen Konzeption einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Sie trug auch dazu bei, den internationalen

² „Ergebnisprotokoll der Tagung des Bundesfachausschusses für Aussen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik am 1.-2. Dezember 1973 in Berlin (West)“, in: BFA 1. Protokolle 1972-1975, AdDL, Ordner 982.

³ „Ergebnisprotokoll der Tagung des Bundesfachausschusses für Aussen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik am 15.-16. März 1974 in Goslar“, in: BFA 1. Protokolle 1972-1974 (1), AdDL, Ordner 5816.

Handlungsspielraum der Bundesrepublik einzuschränken. Sie drohte schließlich, die sich aus einer aktiven Ostpolitik eventuell ergebenden Vorteile zu ignorieren. Schollwer regte demzufolge an, der Ostpolitik eine *neue* Eigendynamik zu verleihen. All diese Faktoren, die nach 1972 zur ostpolitischen Stimmungsumschwung in der Bundesrepublik offenbar beitrugen, wollte er verständlicherweise nicht unbeachtet lassen. Es waren im Einzelnen: die Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, die Abgrenzungsmaßnahmen der DDR, die Kontroversen um die Auslegung des Viermächte-Abkommens vom 3. September 1971 mit der UdSSR und der DDR, die Dissidentenbewegung in der Sowjetunion, die Währungs- und Energieprobleme in der Europäischen Gemeinschaft und die damit zusammenhängende fast ausschließliche Konzentration der Bundesregierung auf die Westpolitik. Alle führten dazu, dass die ostpolitischen Erwartungen und Hoffnungen im großem Maße enttäuscht wurden. Sie verhinderten ihn aber nicht, über die Zukunftsperspektiven nachzudenken. Aus der empirisch-pragmatischen Perspektive war das für ihn zu wenig. Es ging darum, ein ostpolitisches kohärentes Grundsatzprogramm auszuformulieren. So hieß die Idee, die er übrigens nicht als der erste in der Partei aufgriff. Deshalb forderte er auch nunmehr dazu auf, *endlich eine vernünftige, zeitgemäße und langfristige Strategie und Taktik für die künftigen Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten des Warschauer Paktes zu entwickeln*. Dazu müsse man, so Schollwer, sich darüber verständigen, *an welchen politischen Maßstäben eigentlich Erfolg oder Misserfolg einer Politik gemessen werden soll, die für die Zukunft der Bundesrepublik und Europa von unzweifelhafter Bedeutung ist*. Mögliche Maßstäbe, die *für eine rationale Ost- und Deutschlandpolitik* von ihm vorgeschlagen wurden, könnten sein:

1. die Berücksichtigung der historischen und völker-psychologischen Erfahrungen, die von der über tausendjährigen Geschichte der Beziehungen des deutschen zu den slawischen Völkern herrühren;
2. der Ausbau der Ostbeziehungen der Bundesrepublik auf der Basis der unterzeichneten völkerrechtlichen Verträge. *Eine deutsche Ostpolitik* dürfe jedoch nicht den Eindruck erwecken, als ob sie zum Ziel hätte, nur die bundesdeutsche Seite *interessierenden sogenannten humanitären Probleme* zu lösen oder die westeuropäische Integration zu fördern;
3. das Ziel, *das Interesse der sowjetischen Führungsmacht in Osteuropa an dauerhaften guten Beziehungen* zu Bonn zu stärken und sie damit zu veranlassen, *möglichen Konfrontationen mit der Bundesrepublik auszuweichen*;
4. die Verstärkung der Bereitschaft der DDR dazu, mit der Bundesrepublik zu kooperieren und die Abgrenzungspolitik Ost-Berlins einzudämmen;
5. die Vermeidung des Eindruckes, dass die bundesdeutsch-sowjetische Zusammenarbeit darauf hinausläuft, die DDR, die CSSR oder Polen zu disziplinieren, oder ein militärisch neutralisiertes Deutschland wiederzuvereinigen;
6. die Berlin-Politik mit dem Ziel zu betreiben, den Berlinern praktische Nutzen zu bringen, statt reine *Prestige-Aktionen* vorzunehmen.⁴

⁴ W. Schollwer, „Probleme der Ost- und Deutschlandpolitik der BRD. Arbeitspapier des Bundesfachausschusses Aussen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage der Goslarer Tagung

Das zu entwickelnde ostpolitische Konzept sollte sich – nach Schollwer – an den tatsächlichen Bedingungen in Osteuropa und zwischen den beiden deutschen Staaten orientieren, die mit der Unterzeichnung der Verträge von Moskau, Warschau, Prag, des Grundlagenvertrages und des Viermächte-Abkommens geschaffen worden waren. Die SPD/FDP-Koalitionsregierung habe indes, wie er in seinem zweiten Arbeitsbericht mit dem Titel *Versuch einer Bestandsaufnahme in der Berlin- und Deutschlandpolitik* vom 21. August 1974 ausführte – die nationale *roll-back*-Politik bis heute nur partiell liquidiert.⁵ Sie habe sich – *gehemmt durch Grundgesetz-Formulierungen bzw. –Interpretationen, durch das Fortdauern der Gültigkeit des Art. 7 des Deutschlandvertrages, durch die unvermeidliche Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik sowie zumindest teilweise auch aus eigener politischer Überzeugung* – nach wie vor Optionen für die Wiederaufnahme dieser Politik reserviert, was amtlicherseits ein wenig euphemistisch als *Offenhalten der deutsche Frage* bezeichnet werde. Das Offenhalten der deutschen Frage fördere aber das langfristige Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung gewiss nicht, sondern wirke eher *kontraproduktiv*.⁶ Die Ostpolitik, so wie sie Schollwer verstehen wollte, hatte eine friedenssichernde Perspektive für ganz Europa. Deswegen fragte er wie immer fein und mit Vorsicht, ob es möglich sei, *opportun oder gar unvermeidlich*, unser Grundgesetz in jenen (Teilen) zu ändern, die noch immer eine Art Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik bzw. eine *roll-back*-Politik in Mitteleuropa implizieren (z. B. Präambel, Art. 23 und Art. 116 des GG)?⁷

Was Schollwer nicht zu Ende sagen dürfte oder wollte, um in die Schusslinie von vermeintlichen oder tatsächlichen Gegner der gesamteuropäischen Option nicht zu geraten, konnte Georg Schmige, der Delegierte aus Baden-Württemberg zum BFA 1 und Mitglied des Unterausschusses Deutschlandpolitik, weiter entwickeln. Auf der Sitzung des BFA 1 in Kirchheim (6.-8. Juni 1975) sprach er sich dafür aus, ein neues außenpolitisches Grundsatzprogramm der Partei zu erarbeiten und in diesem Zusammenhang sowohl das Grundgesetz der Bundesrepublik als auch die bundesdeutsche Außenpolitik zu enttabuisieren und den völkerrechtlichen sowie politischen Gegebenheiten anzupassen. Mit den *verschwommenen Aussagen* wollte er es nicht mehr ausreichend zu tun haben. Mit seinen Thesen, die Schmige erstmals bereits am 27. April 1974 vor dem Bundesfachausschuss Deutschland-, Aussen- und Sicherheitspolitik von Baden-Württemberg gehalten hatte, forderte er dazu auf, *Ballast* nunmehr *ganz konkret* abzuwerfen wobei *ganz tabufrei zu überprüfen* wären u.a.: Präambel des Grundgesetzes über die nationale Verpflichtung zur deutschen Wiedervereinigung, Artikel 23 und 146 zum Geltungsbereich und zur Gültigkeit des Grundgesetzes, Staatsangehörigkeitsgesetze (inkl. Gesetz über die Reichsbürgerschaft und die Staatsbürgerschaft vom 22. Juli 1913),

vom 15.-16. März 1974. Vorläufiges Arbeitsergebnis“, in: BFA 1. Arbeitsunterlagen 1972-1974, AdDL Ordner 5816, S.15-16.

⁵ W. Schollwer, „Versuch einer Bestandsaufnahme in der Berlin- und Deutschlandpolitik“, in: BFA 1. Arbeitsunterlagen Oktober 1974 – Oktober 1976, AdDL Ordner 5814, S. 5.

⁶ Idem, „Probleme...“, S. 7-13.

⁷ Idem, „Versuch...“, S. 20.

Artikel 7 des Deutschlandvertrages von 1952/1954 (die sog. Rückstellungsklausel), sowie den sog. *Brief zur deutschen Einheit, Brief über die Einheit Deutschlands, der der Sowjetregierung mitgeteilt und von ihr angenommen wurde*.⁸

Wenn die Bundesrepublik wirklich an der Normalisierung ihrer Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten interessiert sei und auf die gesamteuropäische Friedensordnung abziele, hätte man in erster Linie diese rechtlich-politischen Barrieren zu beseitigen. Die Geringschätzung dieser Forderungen, die vielleicht aus der Überzeugung resultiere, dass die Mitwirkung in der Bundesregierung eine weitere Programmarbeit überflüssig mache, bedrohe die Glaubwürdigkeit und die Eigenständigkeit der FDP. Es zeuge auch von der falschen Bewertung und Beurteilung, dass die Partei nicht imstande sei, irgendetwas Konstruktives der Ostpolitik der CDU/CSU entgegenzusetzen. Die Forderungen von Schmige liefen im Grunde genommen darauf hinaus, das deutsche Motiv von den nationalstaatlichen bzw. regional begrenzten Vorstellungen zu befreien, dieses dann durch das liberale Motiv abzulösen und in den Dienst Europas zu stellen, um dadurch das nächste mittelfristige Ziel der gesamteuropäischen Option, d. h. die Blocküberwindung in Europa, zu fördern. Nicht die Einheit Deutschlands, sondern die Freiheit Europas wurden von ihm gefragt. Zur Ausgestaltung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems bis zur Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes wollte er aufrufen.⁹

Inzwischen waren die machtpolitischen und innerparteilichen Veränderungen innerhalb der FDP eingetreten, die auf den allmählichen Verlust des Einflusses der radikal-liberalen Strömung in der Partei verwiesen.¹⁰ Dies trug dazu bei, dass der BFA 1, satzungsgemäß dem Bundesvorstand unterstellt, von seinen früheren Vorstellungen abging, ein neues umfassendes und komplexes Grundsatzprogramm in der Ost- und Deutschlandpolitik vorzubereiten. Die Idee seiner Bearbeitung wurde ähnlich wie 1967 aufgegeben, zumal die Schollwer/Schmige-Thesen nicht wie die Schollwer/Rubin-Thesen so große Unterstützung in der FDP fanden, obgleich sie fast ebenso verbreitet wurden. Zum Teil haben sie die Deutschen Jungdemokraten (DJD) am 6. Februar 1975 in Deutscher Volkszeitung veröffentlicht.¹¹ Bemerkenswert war es auch, dass die Fortentwicklung der gesamteuropäischen Option 1974/1975 von fast denselben Parteimitgliedern und -strukturen wie die Kurs-Änderung 1967 vorangetrieben

⁸ „Ergebnisprotokoll der Tagung des Bundesfachausschusses für Aussen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik am 6.-8. Juni 1975 in Kirchheim (Nordhessen)“, in: BFA 1. Protokolle 1972-1975, AdDL, Ordner 982; G. Schmige, „Die deutschlandpolitische Programmatik der F.D.P.“, in: BFA 1. Protokolle 1972-1974, AdDL, Ordner 5816, S. 7.

⁹ „Ergebnisprotokoll der Tagung des Bundesfachausschusses für Aussen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik am 6.-8. Juni 1975 in Kirchheim (Nordhessen)“, in: BFA 1. Protokolle 1972-1975, AdDL, Ordner 982; G. Schmige, „Die deutschlandpolitische Programmatik der F.D.P.“, in: BFA 1. Protokolle 1972-1974, AdDL, Ordner 5816, S. 7.

¹⁰ *Stopp des Linkstrends in der FDP? FDP-Parteitag 1976 in Frankfurt. Darstellung und Analyse. Bericht aus Bonn. Wirtschafts- und sozialpolitische Dokumentation*, Sonderbericht Nr. 2, Dezember 1976, S. 8-9.

¹¹ *Geschichte und Praxis ostpolitischer Jugendarbeit der Jungdemokraten, hrsg. vom Bundesverband der Deutschen Jungdemokraten*, Bonn 1982, S. 16-17.

wurden: 1967 v. a. von Wolfgang Schollwer, Hans-Wolfgang Rubin, den DJD und teilweise auch vom Landesverband Baden-Württemberg, 1974/1975 in erster Linie von Schollwer, Schmige, den Deutschen Jungdemokraten, vom BFA 1 und teils vom Landesverband Baden-Württemberg. Ähnlich wie 1967 kam es 1975 noch einmal zu einem innerparteilichen programmatischen Kompromiss, der einige Monate später in einem durch den Bundesvorstand und BFA 1 ausgearbeiteten Antrag seinen Niederschlag fand. Dieser Antrag wurde dann dem Bundesparteitag der FDP in Mainz (27.-29. Oktober 1975) vorgelegt und als sein eigener Beschluss unter der Bezeichnung *Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik* angenommen.

2. Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik

Der erwähnte Antrag stützte sich auf einige gemäßigtere Forderungen von Schollwer und Schmige, auf das neuen Deutschlandpapier Schollwers, das er am 25./26. April 1975 dem BFA 1 in Gummersbach vorlag, sowie auf zwei weitere Papiere, die von Peter Juling und Curt Lindemann ausgearbeitet wurden. Die Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik widersprachen nicht der Bestrebung und der Forderung *nach Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates* (William Borm),¹² aber schoben die Vereinigung in eine unabsehbare Zukunft hinaus. Es war eher ein Dokument, das den Rahmen für die *Kleinarbeit* in der Deutschlandpolitik absteckte (Detlef Kühn).¹³

Dieses Schriftstück verwies auch auf die Chancen, die für beide Seiten *die neu eingeleitete Ostpolitik* der Bundesregierung *eröffnet hat; Chancen, mehr nicht*. Ihre *Nutzung* setze, so William Borm, *eine konsequente Politik* auf allen Gebieten der bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Ländern voraus.¹⁴ Es war daher ein Programm, das den Willen deklarierte, die Ziele der Ost- und Deutschlandpolitik in Einklang zu bringen. Denn *eine politisch-moralische Legitimation für die Deutschlandpolitik nach außen* sei, den Zusammenhang zwischen der Deutschlandpolitik und allen Bemühungen herzustellen, *in Europa zu einem Abbau der Spannungen und zu intensiver Zusammenarbeit zu kommen*.¹⁵

Wie die Freiburger Thesen (1971) als sozio-ökonomisches Programm der FDP, so bildeten die Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik (1975) als deutschland- und ostpolitisches Programm eine ideologische Plattform für die Zusammenarbeit mit der SPD. Ähnlich wie die Freiburger Thesen waren auch die Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik bis zum Ende der sozial-liberalen Koalition eine emotionale Bezugsebene für die radikal-liberale Richtung der Partei. Die beiden Programmdokumente spiegelten jedoch keine ausschließlich radikal-liberalen Ansichten wider.

¹² 26. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Mainz am 27.-29. Oktober 1975. Stenographische Niederschrift, AdDL, A1-548, S. 127.

¹³ Ibid., S. 124.

¹⁴ Ibid., S. 125-126.

¹⁵ D. Kühn, „Gedanken zur Deutschlandpolitik der FDP“, in: BFA 1. Protokolle 1972-1974, AdDL, Ordner 5816.

Sie enthielten vielmehr eine lange Reihe Kompromissformulierungen, die die Positionen aller politischen Richtungen wiedergaben. Neben der postulierten liberalen *Reform des Kapitalismus*, die sich auf der Basis des privaten Eigentums an Produktionsmitteln zu vollziehen hatte, blieb die Effektivitätssteigerung der Marktwirtschaft ein wichtiges Ziel der Freiburger Thesen. Die liberale Reform des Kapitalismus hatte darin zu bestehen, *die Gesetzmäßigkeiten einer privaten Wirtschaft mit den Zielen einer liberalen Gesellschaft* in Einklang zu bringen.¹⁶ Sie zielte darauf ab, die Konzentration von Wirtschaftsmacht zu beseitigen, die Steuerungs- und Funktionsmechanismen der Wirtschaft zu reformieren sowie die Wirtschaftsprinzipien mit den gesellschaftlichen Zielen zu verbinden und dadurch zu einem *effektiven und humanen Kapitalismus* zu gelangen. Inhaltliche Inkohärenz kennzeichnete jedoch auch die Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik. Einerseits verzichtete die FDP mit diesem Dokument auf den nationalstaatlichen Einheitsbegriff zugunsten des *Unveräußerlichen Grundrecht[es] der Selbstbestimmung*, andererseits erwog sie die Möglichkeit *einvernehmlicher und friedlicher Grenzänderung* in Deutschland. Es sei aber jeweils von den Betroffenen selbst zu entscheiden, ob *Angehörige eines Volkes oder einer Volksgruppe oder mehrerer Volksgruppen in einem Einheitsstaat, einem Bundesstaat, einer Konföderation oder in getrennten Staaten leben wollen*. Obwohl es für manche FDP-Politiker, wie Lindemann, unerfreulich war,¹⁷ wandelte sich das deutsche Motiv von dem Ideal der staatlichen Wiedervereinigung hin zum Ideal der Freiheit, das sich aber auf die Bevölkerung der DDR entfaltete. Die Einheit um jeden Preis war daher kein Ziel der liberalen Politik.

Die Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik enttabuisierten zwar keinesfalls das Grundgesetz und die Außenpolitik der Bundesrepublik, was Schmige anstrebte, jedoch galten sie als programmatische Fortentwicklung und Vervollständigung der Nürnberger Wahlplattform von 1969. Nachdem *die Bundesrepublik Deutschland die Normalisierungsverträge mit den osteuropäischen Staaten und der DDR abgeschlossen und (...) die KSZE-Schlussakte von Helsinki unterzeichnet* hatte, forderte die FDP nunmehr dazu auf, weitere kurz- und mittelfristige Ziele der gesamteuropäischen Option zu verfolgen. Der nächste Schritt wäre es, die begonnene Zusammenarbeit *der Systeme in Ost und West auf den Gebieten Wirtschaft, Technik, Verkehr, Wissenschaft und Kultur* zu verstärken, menschliche *Begegnungen* sowie *Austausch von Meinungen und Informationen* zu fördern und zu erweitern. Mittelfristig sollte dieser Schritt zu blockübergreifenden Strukturen führen, durch die *die Bedeutung der Militärblöcke vermindert wird*. Ein weiteres Ziel wäre *die Durchsetzung einer allgemeinen Zusammenarbeit und gemeinsamen Außenpolitik der entstehenden Europäischen Union, in die die deutschlandpolitischen Ziele eingebettet sind*. Langfristig wäre anzustreben, *den Frieden in Europa durch blockübergreifende Zusammenarbeit, schrittweise gesamteuropäische Sicherheitsvereinbarungen, ausgewogene Abrüstungsmaßnahmen und schließlich die Umwandlung*

¹⁶ G. Verheugen (Hrsg.), *Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P.*, Baden-Baden 1979, S. 51-54.

¹⁷ C. Lindemann, „Die Perspektiven der FDP zur Deutschlandpolitik 1975 ein Fehlstart“, in: BFA 1. Protokolle November 1978 – Dezember 1979, Ordner 4119.

des militärischen Blocksystems in ein gesamteuropäisches Friedenssystem zu garantieren. Die Bedingungen für die Verwirklichung dieses langfristigen Zieles bestünden in einer Verständigung über die *Regeln für den Systemwettbewerb*, die „den Bestand des jeweils anderen Systems nicht gefährden würden. Ein Maßstab für die Einhaltung dieser Regeln solle u. a. die uneingeschränkte Erfüllung von Verträgen und Vereinbarungen, das faire Verhalten in der Tagespolitik und die loyale Mitwirkung bei Konfliktregelungsverfahren bis hin zur Schaffung schiedsgerichtlicher *Institutionen* sein. Zum Abschluss dieser Entwicklung sah man vor, eine stabile Friedensordnung in Europa zu etablieren, *die den Menschen in beiden Teilen Deutschlands und darüberhinaus in ganz Europa eine Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechts* ermöglichen würde.¹⁸

Die in den Perspektiven der liberalen Deutschlandpolitik enthaltenen Programmanforderungen wurden jedoch nicht auf die Tagesordnung späterer Koalitionsgespräche mit der SPD im Jahre 1976 gesetzt. Sie dienten auch nicht als die hauptsächlichen Richtlinien in der operativen Politik der Bundesregierung. Dies ergab sich aus vielen unterschiedlichen Gründen. Die Verwirklichung der Konzeption einer gesamteuropäischen Friedensordnung wurde zuerst von der Koalitionsregierung in den Jahren 1974-1975 und später von der FDP gestoppt, was teilweise in den Bestimmungen des FDP-Wahlprogramms von 1976 seinen Niederschlag fand. Der Übergang von einer dynamischen Phase der Ostvertragspolitik (1969-1974) zu einer statischen Phase der Anwendungspolitik der Ostverträge (1974-1982) war aber nur sehr bedingt auf den Regierungswechsel von 1974 und auf die Umgruppierungen in den Parteiteilen der Koalitionspartner zurückzuführen. Der Zwang zum Wandel setzte sich durch, nachdem es sich herausgestellt hatte, dass sich die gesamteuropäische Option viel mehr am Gewünschten als am Möglichen orientierte. Der Wiederannäherungsprozess bzw. der Wandel durch Annäherung beider deutschen Staaten stieß auf die Abgrenzungspolitik der DDR, obwohl die deutsch-deutsche Grenze durchlässiger und die Gemeinschaftsbewusstsein der deutschen Nation verstärkt wurde. Die erwartete Normalisierung der Beziehungen mit den Staaten des Warschauer Paktes sah sich noch vor vielen Hindernissen gestellt, die die Ostverträge nicht abschaffen konnten. Angesichts der immer zunehmenden Rüstungsanstrengungen der UdSSR, die 1969/1970 die strategische Parität mit den USA erreicht hatte und nach wie vor bestrebt war, im Bereich der See- und Luftstreitkräfte die USA einzuholen, aber auch wegen der sowjetischen Waffenlieferungen nach Angola (seit 1974) und nicht zuletzt aufgrund der Stimmungsänderung in den USA hinsichtlich der Entspannungspolitik, was in der Jackson/Vanik-Änderung zum Handelsgesetz von 1974 und im seit 1974/1975 erarbeiteten Konzept einer Strategie des Gegenschlages (*countervailing strategy*) seinen Niederschlag fand, verschlechterten sich die Ost-West-Beziehungen. Es kam hinzu, dass man in den westeuropäischen Ländern, v. a. in der Bundesrepublik, befürchtete, eine Grauzone in Europa zuungunsten des Westens entstehen zu lassen, wenn die ohnehin bestehenden militärischen, nach der Unterzeichnung des SALT I-Abkommens indirekt noch deutlicher

¹⁸ 26. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Mainz am 27.-29. Oktober 1975, Anträge und Beschlüsse, AdDL, A1-530, S. 72-79.

gewordenen Disparitäten parallel zu den SALT-Verhandlungen nicht abgebaut werden. All diese Faktoren mussten sich eindeutig negativ auf die Ostpolitik der Bundesrepublik auswirken. Das gesamteuropäische Sicherheitssystem, die Friedensordnung in Europa und damit auch die deutsche Wiedervereinigung ließen damit auf sich länger warten. Die Parteiführung der FDP – unter dem deutlichen Einfluss von Hans-Dietrich Genscher – fand in der Politik der Rüstungsbegrenzung und -kontrolle ein Instrument, das eine Profilierung der Partei gegenüber der SPD sowie eine systematische *Offenheit* gegenüber der CDU/CSU erlaubte. Nach 1974 prägte Genscher als neuer Bundesaußenminister und gleichzeitig neuer Bundesvorsitzende der FDP den Begriff einer *realistischen* Entspannungspolitik und versuchte, ihre Grundzüge in seinen grundsätzlichen Aussagen herauszuformulieren. Mit einiger Vereinfachung ließ sich diese *realistische* Entspannungspolitik als taktische Modifizierung der bisherigen bundesdeutschen Politik gegenüber ihren östlichen Nachbarstaaten verstehen. Diese Änderung wurde in der Programmarbeit der Partei und der Bundestagsfraktion deutlich spürbar. Der erste gewichtige Beschluss, in dem sich die Vorstellungen Genschers *expressis verbis* durchgesetzt hatten, war das Wahlprogramm der FDP von 1976. Während sich die FDP in der Nürnberger Wahlplattform von 1969 zur Außenpolitik für eine europäische Friedensordnung bekannte, optierte sie im Wahlprogramm von 1976 für eine Politik der Friedenssicherung. Die gesamteuropäische Option wurde durch die militärisch abgestützte Gleichgewichtsorientierung abgelöst. Die *realistische* Entspannungspolitik verfolgte das Ziel, die Beziehungen mit dem Osten auf dem höheren Niveau fortzuentwickeln, d. h. auf dem Niveau der verstärkten Sicherheitspolitik. Lief *die deutsche Politik für eine europäische Friedensordnung* (Wahlplattform von 1969) darauf hinaus, die bestehenden Sicherheitsstrukturen zu ändern oder aufzulösen, so forderte *die Sicherung des Friedens* (Wahlprogramm von 1976) dazu auf, diese aufrechtzuerhalten oder auszubauen. Festigung des inneren Zusammenhaltes der NATO, *Verbesserung ihrer Funktionsfähigkeit* und Steigerung ihrer *Effektivität* durch *Standardisierung der Ausrüstung* – so lauteten die neuen verteidigungspolitischen Positionen der FDP. Ihnen gegenüber standen Instrumente, mit deren Hilfe man die *Politik des Ausgleichs und der Verständigung* mit dem Osten fortsetzen wollte: *Ausbau der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten Ost-Europas, weitere Erleichterungen bei den Begegnungen zwischen den Menschen aus Ost und West, Stärkung der Lebensfähigkeit und der Sicherheit West-Berlins, die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten, Durchsetzung der Menschenrechte für alle Deutschen*, Unterstützung der SALT- und MBFR-Verhandlungen.¹⁹

Infolge eines koalitionspolitischen Ausgleiches, der bei den Koalitionsverhandlungen im Herbst 1976 zwischen der SPD und der FDP erreicht und vom Bundeskanzler Helmut Schmidt am 16. Dezember 1976 in der Regierungserklärung vorgetragen wurde, setzte sich die Tendenz durch, *soviel Entspannung und Zusammenarbeit wie möglich*

¹⁹ 20. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Nürnberg am 23.-25. Juni 1969. Anträge und Beschlüsse, AdDL, A1-394; Ausserordentlicher Bundesparteitag der FDP in Freiburg am 30.-31. Mai 1976. Anträge und Beschlüsse, AdDL, A1-563, S. 8-9.

zwischen West- und Osteuropa zu verwirklichen.²⁰ Am Möglichen orientierte sich in erster Linie die Forderung nach der Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zur UdSSR, zu Polen und zu den übrigen östlichen Staaten. Im Laufe der Koalitionsverhandlungen einigten sich zudem die beiden Parteien darauf, *die Entspannungspolitik fortzusetzen, die KSZE-Schlussakte zu respektieren, die wirtschaftlichen Beziehungen zur UdSSR unter Beachtung der Verschuldungsgrenzen auszubauen, die kulturelle Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten zu intensivieren sowie die Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) zu verstärken, ohne den europäischen Einigungsprozess behindern zu lassen.*²¹ Der angestrebten Implementierung der KSZE-Schlussakte in allen drei Bereichen wurden insofern Grenzen gesetzt, als man gleichzeitig dazu aufforderte, die Ausrüstung der Bundeswehr zu modernisieren. Was sich bereits 1974 ankündigte, das nahm nach 1976 seinen Lauf: eine geschickte Anpassung an die jeweilige Lage, ein nüchterner Realismus an der Grenze der ostpolitischen Passivität, ein heilsamer Pragmatismus an der Grenze des Möglichen, eine Opportunität – so lauteten die Gründe, die den Begriff einer „realistischen“ Ost- und Entspannungspolitik semantisch rechtfertigten.²²

III. VON DEN KIELER THESEN (1977) ZUR WENDE (1982)

Wie die Programmarbeit der FDP in der Regierungszeit der sozialliberalen Koalition ihren Höhepunkt in den Freiburger Thesen (1971) erreichte, so deuteten die Kieler Thesen (1977) im Grunde genommen ihr Ende an. Dies war in erster Linie auf die überragende Rolle, die der Wirtschaftsflügel in der Partei nach 1977 spielte, zurückzuführen. Es war zugleich deutlich geworden, dass die radikal-liberale Richtung, die

²⁰ *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 135 (17. Dezember 1976), Nr. 124 (25. November 1980), S. 130.

²¹ „Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion des VII. und VIII. Deutschen Bundestages am 13. Dezember 1976 in Bonn. Anlage Nr. 9“, in FDP-Bundesvorstand. Protokolle 1976: 19. November 1976 bis 24. Oktober 1977, AdDL, Ordner 4086.

²² Zur „realistischen“ Entspannungspolitik der SPD/FDP-Koalitionsregierung in den Jahren 1974–1982: H.-D. Genscher, „Realistische Entspannungspolitik. Erklärung der Bundesregierung zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, abgegeben vom Bundesminister des Auswärtigen vor dem Deutschen Bundestag am 25. Juli 1975“, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*. 7. Wahlperiode, Nr. 183 (Sitzung am 25. Juli 1975), S. 12797–12803; idem, „Kooperative Strukturen der Sicherheit – eine Perspektive für die Friedensordnung in Europa“, *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden*, Nr. 3 (1989); idem, *Erinnerungen*, Berlin 1995. Mehr zur Konzeption einer „realistischen“ Entspannungspolitik vom Bundesauswärtigenminister Genscher, vgl. J.J. Węc, *FDP wobec polityki wschodniej RFN*, Poznań 1990, S. 191–211; idem, „Die Entwicklung des Konzepts von Hans-Dietrich Genscher in der bundesdeutschen Entspannungspolitik in den Jahren 1974–1989. Herkunft-Instrumente-Auswirkungen“, *Politeja*, vol. 17, Nr. 6/69 (2020), S. 135–159; A. Kruk, „Bezpieczeństwo i działalność na rzecz rozbrojenia w myśli politycznej Hansa-Dietricha Genschera“, *Przegląd Naukowo-Metodyczny. Edukacja dla Bezpieczeństwa*, Nr. 3 (2009), S. 113–130; idem, *Hans-Dietrich Genscher w polityce wewnętrznej i zagranicznej RFN w latach 1969–1992*, Katowice 2010.

der bisherigen Programmarbeit eine bestimmte Triebkraft gab, nunmehr an Bedeutung in der Partei verlor. Die Wahlniederlagen im Jahre 1973 bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg und der gleichzeitigen Landtagswahl in Niedersachsen wie auch die zwei Jahre zuvor von Genscher initiierte Strategie der *Auflockerung der erstarrten Fronten* mit der SPD erlaubten den radikalen Liberalen noch einmal effektiv gegen die wirtschaftlich-liberale Richtung aufzutreten; auf dem 29. Bundesparteitag in Mainz (12.-14. November 1978) regten deren Vertreter mit William Borm an der Spitze in einem Diskussionsblatt *Aufforderung zum liberalen Fortschritt* an, zu den Freiburger Thesen zurückzukehren. Zwar gelang es den radikalen Liberalen nicht, die Kieler Thesen zu revidieren oder mindestens zu korrigieren, aber machte sich deren Einfluss auf alle programmatischen Beschlüsse dieses Bundesparteitages deutlich. Dies ließ sich insbesondere an dem Programm zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern, dem Paragraph 218 zum Schwangerschaftsabbruch, dem Kinderprogramm und der Modifizierung des Frankfurter Parteitagsbeschlusses von 1976 zur Extremistenfrage wie auch an den Beschlüssen zur Kernenergie ablesen.²³ Die erneute Wahl Genschers zum Parteivorsitzenden erwies sich als unbestritten, zumal es für ihn *de facto* keine Alternative gab. Eine deutliche Niederlage erlitt er indes bei der Abstimmung um die Erhöhung der Zahl von Präsidiumsmitglieder und um den Nachfolger für Werner Maihofer in diesem Führungsgremium. Die Delegierten des Bundesparteitages lehnten es zuerst ab, das Präsidium um einen Sitz zu erweitern, um dadurch die beiden Bundesminister Gerhart Baum und Otto Graf Lambsdorff in dieses Parteigremium einschalten zu lassen. Zugleich unterlag sein Kandidat Graf Lambsdorff gegen das amtierenden Präsidiumsmitglied und Bremer Landesvorsitzenden Horst-Jürgen Lahmann bei der Wahl ins Präsidium. Und schließlich ließ sich nicht übersehen, dass Genschers langjähriger Mitarbeiter Günter Verheugen mit knapper Stimmenzahl zum Generalsekretär der FDP gewählt wurde. Diese Programm- und Personalentscheidungen, einschließlich der Wahl Baums ohne Gegenkandidaten zum Präsidiumsmitglied, und das Abrücken der Parteielite von der Strategie der *Auflockerung der erstarrten Fronten* zeigten deutlich, dass die FDP die Konturen des liberalen Neubeginns von Anfang der 70er Jahre noch nicht endgültig verloren hat.

Nach der Verabschiedung der Kieler Thesen und dem Abgang des Parteiideologen Werner Maihofers verlor jedoch die Programmarbeit der FDP an Relevanz. Die Debatten über die Notwendigkeit programmatischen Profils verliefen in der Partei erfolglos. Die FDP beschränkte sich fast ausschließlich darauf, auf die tagespolitischen Ereignisse zu reagieren. Eine Orientierungslosigkeit der Partei wurde vielfach an der Basis kritisiert. Die Parteielite mit dem Ministerflügel an der Spitze gewann einen immer größeren Einfluss auf die Bearbeitung programmatischer Aussagen: ein Umstand, der zwar nicht ohne Traditionen im deutschen Liberalismus war, der aber auf scharfe Kritik bei den radikalen Liberalen stieß. Nur Wahlprogramme beinhalteten und artikulierten die außenpolitischen Ansichten der Partei. In der Situation eines programmatischen Immobilismus versuchte

²³ G. Verheugen (Hrsg.), *Das Programm der Liberalen...*, passim; 29. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Mainz am 12.-14. November 1978. Pressedokumentation, AdDL, A1-681, S. 17-18.

der Berliner Ehrenvorsitzende und zugleich der Senior im Bundesvorstand, Borm, die Rolle des Vordenkers zu übernehmen, um – wie er selbst feststellte – *der Partei einen Spiegel vorzuhalten*. Er forderte die Parteiführung dazu auf, der FDP die Funktion *einer vordenkenden Partei* zurückzugeben; einer Partei, die von *einer getriebenen Kraft* erkennbar wieder zur *treibenden Kraft der Politik* werden²⁴ solle. Die Ausführungen von Borm fanden zwar eine spontane Anerkennung bei den Parteitagsdelegierten in Mainz, aber er war jedoch nur teilweise imstande, einem entschiedenen Reformwillen der radikal-liberalen Strömung Geltung zu verschaffen.²⁵

Die Idee, die bilateralen Beziehungen zu Osteuropa auszubauen, die in den oben dargestellten Programmentscheidungen aus dem Jahre 1976 klar hervorgetreten war, wurde im Wahlprogramm von 1980 präzisiert. In das Programm strömten erneut die Impulse der gesamteuropäischen Option ein. Die FDP empfahl darin, im Rahmen des KSZE-Prozesses „eine Europäische Wirtschaftskonferenz“ einzurichten, die *zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft und den Ländern des COMECON* führen solle. Vorgeschlagen wurde *eine Intensivierung der blockübergreifenden Zusammenarbeit* in Anlehnung an den ständigen gesamteuropäischen Dialog *von Ministern und Experten im KSZE-Rahmen*. Die EDP sprach sich auch dafür aus, die in der KSZE-Schlussakte vereinbarten, militärischen vertrauensbildenden Maßnahmen durchzusetzen und in ein MBFR-Abkommen einzubeziehen. Mit dem Wahlprogramm von 1980 wiederholte sie ihren erstmals auf dem Münchener Bundesparteitag im Jahre 1963 formulierten Vorschlag dazu, einen Nichtangriffspakt zwischen den NATO- und den Warschauer-Pakt-Staaten abzuschließen.²⁶ Trotz der rapiden Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen Ende der 70er Jahre setzte sich die FDP nach wie vor für eine konsequente Fortführung der Entspannungspolitik ein und bekannte sich zum Prinzip der weltweiten Abrüstung. Die Aufgabe der Entspannungspolitik – trotz und gerade wegen der bedrohlichen weltpolitischen Lage – solle dem Wahlprogramm zufolge darauf beruhen, *eine weitere Konfliktverschärfung zu verhüten, die Konsequenzen militärischer Gewaltanwendung zu verdeutlichen und friedliche Lösungen anzubieten*. Eine gewisse Kontinuität bezüglich der gesamteuropäischen Tradition kam schließlich insofern zum Ausdruck, als die Partei von den europäischen Mitgliedern der NATO verlangte, verstärkt auf die Ratifikation des SALT-II-Abkommens sowie auf einen Erfolg der MBFR-Verhandlungen hinzuwirken.

Dass die gesamteuropäischen Impulse innerhalb der EDP auch kontrollierbar blieben, beweist jedoch die starke Betonung von Ideen *der realistischen Gleichgewichtspolitik* in diesem Wahlprogramm. Die FDP setzte sich demzufolge dafür ein, die *Politik des Ausgleichs und der Entspannung gegenüber dem Osten auf der Grundlage des*

²⁴ 29. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Mainz am 12.-14. November 1978. Stenographische Niederschrift, AdDL, A1-670, A1-681.

²⁵ Ibid.

²⁶ 14. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in München am 1.-3. Juli 1962. Anträge und Beschlüsse, AdDL, A1-213, S. 22.

militärischen Gleichgewichts fortzuführen. Als ein innerparteilicher Kompromiss, in dem die gesamteuropäischen Anstöße mit den gleichgewichtspolitischen Anregungen zusammenfließen, war die Haltung der Partei zur NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 zu empfinden: *Die F.D.P. wird alles daran setzen, dass das mit dem Nachrüstungsbeschluss der NATO gekoppelte Verhandlungsangebot an den Warschauer Pakt energisch vertreten wird. Das Ziel muss sein, auf die Produktion atomarer Mittelstreckenwaffen, sowie ihre Stationierung in Europa auf beiden Seiten ganz zu verzichten.*²⁷

Ein Postulat, das zum ersten Mal auf dem Bundesparteitag der SPD in West-Berlin (3.-7. Dezember 1979) geltend gemacht worden war und später als die Null-Lösung bzw. Null-Option bezeichnet wurde. Die niederländischen und bundesdeutschen Sozialdemokraten hatten bereits 1979 die Null-Lösung auf die Tagesordnung der Sitzungen von NATO-Gremien gesetzt. Am 18. November 1981 wurde diese Option vom amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan als Verhandlungsposition der USA bei den Genfer Gesprächen mit der UdSSR über die Begrenzung von Mittelstreckenraketen übernommen.²⁸

Trotz einer spürbaren, am Wahlprogramm von 1980 abzulesenden Rücksendung der FDP zu gesamteuropäischen Traditionen (KSZE-Nachfolgepolitik, Rüstungskontrolle und Abrüstung), gelang es den radikalen Liberalen nicht alle ostpolitischen Positionen in jenes Programm einzubringen. Ausgespart blieben im Programm z. B. am 13. November 1979 durch das Plenum des BFA 1 angenommene Forderungen, die u. a. darauf abzielten, die Empfehlungen der bundesdeutsch-polnischen Schulbuchkommission in allen Ländern der Bundesrepublik anzuwenden, einen verstärkten Jugendaustausch mit Osteuropa zu unterstützen, sowie Arbeitsgemeinschaften und Gesellschaften zur Förderung der Beziehungen mit den Warschauer-Pakt-Staaten zu bilden.²⁹

Die programmatischen Inhalte der FDP zur Ostpolitik hinterließen insofern in der Koalitionsvereinbarung mit der SPD (1980) ihre Spuren, als sich die sozial-liberale Koalition dazu bekannte, die *realistische Entspannungspolitik* fortzusetzen. Die beiden Parteien erklärten sich auch bereit, gestützt auf die Partnerschaft im westlichen Bündnis und in den Europäischen Gemeinschaften, *weiterhin intensiv auf einen Ausbau des Systems der vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Ost und West*“ und auf *„echte Fortschritte bei der Rüstungskontrolle und -begrenzung, hinzuarbeiten,*“³⁰ was auf eine Bestätigung der bisherigen gleichgewichtspolitischen Grundlinie der Schmidt/

²⁷ Ausserordentlicher Bundesparteitag der FDP in Freiburg am 7.-8. Juni 1980. Anträge und Beschlüsse, AdDL, Ordner 4007; Vgl. dazu auch: *Wahlprogramm der FDP für die Bundestagswahlen am 5 Oktober 1980*, Bonn 1981, S. 8, 10-12.

²⁸ „Aussen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik. Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages in Berlin am 3.-7. Dezember 1979“, *Für eine Politik der Friedenssicherung. Dokumentation*, Bd. 2, Friedrich-Nauemann-Stiftung (Hrsg.), Bonn 1983, S. 56. Vgl. auch dazu: T. Risse-Kappen, *Null-Lösung. Die weltweite Abrüstung der landgestützten Mittelstreckenflugkörper. Eine politische Bewertung*, Frankfurt am Main 1987, S. 39.

²⁹ Vgl. „Ergebnisprotokoll der 2. Tagung des Bundesfachausschusses für Aussen-, Deutschland- und Europapolitik am 12.-13. Oktober 1979 in Bonn-Bad Godesberg-Mehlem“, in: BFA 1. Protokolle. November 1978 -Dezember 1979, AdDL, Ordner 4119, Anhang VI B.

³⁰ *Die Neue Bonner Depesche. Die Liberale Zeitung*, Nr. 11 (1980), S. 5.

Genscher-Koalitionsregierung verwies. Wie die Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik auf die Tagesordnung der Koalitionsgespräche mit der SPD 1976 nicht gesetzt worden waren, so fanden sich die auf die Initiative des linken Flügels zurückgehenden Bestimmungen dieses Wahlprogramms kaum in der Koalitionsvereinbarung mit der SPD von 1980 wieder. Wie damals, so auch diesmal war das vornehmlich auf das statische Verhalten der Parteiführung und der Bundestagsfraktion der FDP, die „bestrebt waren, die Ostpolitik in ihrem bestehenden Zustand zu erhalten, statt sie zu dynamisieren und zukunftsweisende Anregungen zu geben, zurückzufahren. Zukunftsweisende Akzente wurden indes in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt am 24. November 1980 insofern gesetzt, als er den Willen der Bundesregierung bestätigte, *den Rahmen der Verträge und Abreden nicht nur aus(zu)füllen, sondern ihn auch weiter(zu)entfalten*.³¹

Den Gesprächsfaden mit der UdSSR, Polen und den anderen Staaten des Warschauer Paktes – gerade unter immer schwierigeren internationalen Bedingungen – nicht abreißen zu lassen, die „Zusammenarbeit gegen Abgrenzung“ zu setzen, so lautete die Maxime eines heilsamen ostpolitischen Realismus, der für die außenpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung in der 9. Legislaturperiode maßgebend sein sollte.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Programm der FDP in der Phase der Anwendungspolitik der Ostverträge in den Jahren 1974-1982 wurde durch einen weitgehenden passiven Pragmatismus geprägt. Die Partei ist nämlich in den Sog der von ihren führenden Gremien in Gang gebrachten ostpolitischen Passivität geraten, die sich von der Maxime leiten ließ: *Entwickeln, was zu entwickeln ist*. Dies hatte praktisch zur Folge, dass sich die FDP mit der *ex post* erfolgenden Übernahme der amtlichen Positionen der Bundesregierung, insbesondere der Rechtspositionen, ins Parteiprogramm zufriedengab. Die Parteigremien zentraler Instanz maßen den Wert der Ostpolitik vorwiegend an der Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen. Sie hielten die Ostpolitik für eine eher lästige Notwendigkeit, die aber eine spezifische deutschlandpolitische Funktion zu erfüllen und den außenpolitischen Handlungsspielraum der Bundesrepublik zu erweitern. Die nahezu ausschließlich von den radikalen Liberalen gemachten Vorschläge, ein neues deutschland- und ostpolitisches Grundsatzprogramm, das die Konzeption einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu einer neuen zukunftsweisenden Identität der FDP machen könnte und über die Bestimmungen der Wahlplattform von 1980 hinausgehen sollte, auszuarbeiten, fanden entweder keinen Eingang in das offizielle Parteiprogramm – wie die Schollwer/Schmige-Thesen von 1974/75 – oder sie wurden nur teilweise in der operativen Ostpolitik mitberücksichtigt – wie die Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik (1975). Dies bezeugte die Schwierigkeit der FDP-Politiker, wie es Schollwer

³¹ *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*. 9. Wahlperiode. Nr. 5 (Sitzung am 24. November 1980), S. 29. *Bulletin...*, Nr. 124, S. 1053.

formulierte, *eine dauerhafte und umfassende Neuorientierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Osteuropa durchzusetzen und dadurch ein Jahrhundert verfehlter deutscher Ostpolitik wettzumachen helfen*³².

Von ausschlaggebender Bedeutung war es aber, dass die Parteiführung seit 1974/1975 die Ostpolitik – in erster Linie auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und – kontrolle – zu einem Werkzeug der koalitionspolitischen Strategie des begrenzten Konflikts mit der SPD machte; eine Entscheidung, für welche die von Reimund Seidelmann angeführten wirtschaftspolitischen Motive nicht unbedingt maßgebend sein mussten,³³ welche sich aber aus mindestens sechs weiteren Gründen erklären ließ: (1) aus Genschers skeptischer Einstellung gegenüber der dynamischen Konzeption einer gesamteuropäischen Friedensordnung, was dessen Zusammenarbeit mit Schmidt zwar erleichterte, jedoch auch dazu führte, dass die Bundesregierung diese Konzeption beiseitegelegt hatte; (2) aus den Bemühungen Genschers, einen ostpolitischen Konsens zwischen der Regierung und der Opposition zu schaffen; (3) aus der Personalpolitik von Genscher im Auswärtigen Amt, das mit der Zeit zur FDP-Domäne wurde; (4) aus den Erfolgen der FDP bei den Landtagswahlen in den Jahren 1974-1976 und bei der Bundestagswahl im Jahre 1980; (5) aus dem allmählichen Einflussverlust der radikal-liberalen Strömung in der Partei seit 1974; (6) aus dem Arbeitsstil Genschers als des Bundesaußenministers und zugleich des Bundesparteivorsitzenden.

BIBLIOGRAPHIE

Archivquellen

14. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in München am 1.-3. Juli 1962. Anträge und Beschlüsse, AdDL, A1-213.
20. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Nürnberg am 23.-25. Juni 1969. Anträge und Beschlüsse, AdDL, A1-394.
26. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Mainz am 27.-29. Oktober 1975. Anträge und Beschlüsse, AdDL, A1-530.
26. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Mainz am 27.-29. Oktober 1975. Stenographische Niederschrift, AdDL, A1-548.
29. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Mainz am 12.-14. November 1978. Pressedokumentation, AdDL, A1-681.
29. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP in Mainz am 12.-14. November 1978. Stenographische Niederschrift, AdDL, A1-670, A1-681.

³² W. Schollwer, „Probleme...“, S. 3.

³³ Zwar beeinträchtigte die zunehmende Verständigung der SPD mit Wirtschaftseliten die Rolle der FDP als Vermittler zwischen Privatwirtschaft und der sozialdemokratischen Parteiführung, jedoch blieb die Wirtschaftspolitik nach wie vor ein Profilierungsgebiet (Steuerpolitik, Mitbestimmung) der FDP gegenüber der SPD, Vgl. auch R. Seidelmann, *Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Entstehungsursachen, Konzepte und Perspektiven*, Frankfurt/M–New York 1982, S. 122-126.

- Ausserordentlicher Bundesparteitag der FDP in Freiburg am 30.-31. Mai 1976. Anträge und Beschlüsse, AdDL, A1-563.
- Ausserordentlicher Bundesparteitag der FDP in Freiburg am 7.-8. Juni 1980. Anträge und Beschlüsse, AdDL, Ordner 4007.
- BFA 1. Arbeitsunterlagen Okt. 1974 – Okt. 1976, AdDL Ordner 5814.
- BFA 1. Protokolle 1972-1974, AdDL, Ordner 5816.
- BFA 1. Protokolle 1972-1975, AdDL, Ordner 982.
- BFA 1. Protokolle Nov. 1978 – Dez. 1979, Ordner 4119.
- BFA 1. Protokolle. November 1978 – Dezember 1979, AdDL, Ordner 4119, Anhang VI B.
- „Ergebnisprotokoll der 2. Tagung des Bundesfachausschusses für Aussen-, Deutschland- und Europapolitik am 12.-13. Oktober 1979 in Bonn-Bad Godesberg-Mehlem“, in: BFA 1. Protokolle. November 1978 -Dezember 1979, AdDL, Ordner 4119, Anhang VI B.
- „Ergebnisprotokoll der Tagung des Bundesfachausschusses für Aussen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik am 1.-2. Dezember 1973 in Berlin (West)“, in: BFA 1. Protokolle 1972-1975, AdDL, Ordner 982.
- „Ergebnisprotokoll der Tagung des Bundesfachausschusses für Aussen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik am 15.-16. März 1974 in Goslar“, in: BFA 1. Protokolle 1972-1974 (1), AdDL, Ordner 5816.
- „Ergebnisprotokoll der Tagung des Bundesfachausschusses für Aussen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik am 6.-8. Juni 1975 in Kirchheim (Nordhessen)“, in: BFA 1. Protokolle 1972-1975, AdDL, Ordner 982.
- FDP-Bundesvorstand. Protokolle 1976: 19. November 1976 bis 24. Oktober 1977, AdDL, Ordner 4086.
- Kühn D., „Gedanken zur Deutschlandpolitik der FDP“, in: BFA 1. Protokolle 1972-1974, AdDL, Ordner 5816.
- Lindemann C., „Die Perspektiven der FDP zur Deutschlandpolitik 1975 ein Fehlstart“, in: BFA 1. Protokolle November 1978 – Dezember 1979, Ordner 4119.
- „Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion des VII. und VIII. Deutschen Bundestages am 13. Dezember 1976 in Bonn. Anlage Nr. 9“, in: FDP-Bundesvorstand. Protokolle 1976: 19. November 1976 bis 24. Oktober 1977, AdDL, Ordner 4086.
- Schmige G., „Die deutschlandpolitische Programmatik der F.D.P.“, in: BFA 1. Protokolle 1972-1974, AdDL, Ordner 5816.
- Schollwer W., „Probleme der Ost- und Deutschlandpolitik der BRD. Arbeitspapier des Bundesfachausschusses Aussen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage der Goslarer Tagung vom 15.-16. März 1974. Vorläufiges Arbeitsergebnis“, in: BFA 1. Arbeitsunterlagen 1972-1974, AdDL Ordner 5816.
- Schollwer W., „Versuch einer Bestandsaufnahme in der Berlin- und Deutschlandpolitik“, in: BFA 1. Arbeitsunterlagen Oktober 1974 – Oktober 1976, AdDL Ordner 5814.

Gedruckte Quellen

- „Aussen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik. Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages in Berlin am 3.-7. Dezember 1979“, *Für eine Politik der Friedenssicherung. Dokumentation*, Bd. 2, Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.), Bonn 1983.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 135 (17. Dezember 1976), Nr. 124 (25. November 1980).

Die Neue Bonner Depesche. Die Liberale Zeitung, Nr. 11 (1980).

Für eine Politik der Friedenssicherung. Dokumentation. Bd. 2, hrsg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung, Bonn 1983.

Genscher H.-D., *Erinnerungen*, Berlin 1995.

Genscher H.-D., „Realistische Entspannungspolitik. Erklärung der Bundesregierung zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, abgegeben vom Bundesminister des Auswärtigen vor dem Deutschen Bundestag am 25. Juli 1975“, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*. 7. Wahlperiode, Nr. 183 (Sitzung am 25. Juli 1975).

Geschichte und Praxis ostpolitischer Jugendarbeit der Jungdemokraten, Bonn 1982.

Stopp des Linkstrends in der FDP? FDP-Parteitag 1976 in Frankfurt. Darstellung und Analyse. Bericht aus Bonn. Wirtschafts- und sozialpolitische Dokumentation, Sonderbericht Nr. 2, Dezember 1976.

Verheugen G. (Hrsg.), *Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P.*, Baden-Baden 1979.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. 7. Wahlperiode, Nr. 183 (Sitzung am 25. Juli 1975).

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. 9. Wahlperiode, Nr. 5 (Sitzung am 24. November 1980).

Wahlprogramm der FDP für die Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980, Bonn 1981.

Monographien und Beiträge

Bange O., „Etappen und Desiderate der Forschung. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik“, *Archiv für Sozialgeschichte*, Nr. 46 (2006).

Burger W.S., *Problem jedności Niemiec w myśli politycznej zachodnoniemieckich partii: CDU/CSU, SPD i FDP w latach 1945-1990*, Toruń 2002.

Dittberner J., *Die FDP: Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven: eine Einführung*, Wiesbaden 2005, <https://doi.org/10.1007/978-3-322-93533-5>.

Genscher H.-D., „Kooperative Strukturen der Sicherheit – eine Perspektive für die Friedensordnung in Europa“, *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden*, Nr. 3 (1989).

Hacke Ch., *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Frankfurt am Main–Berlin 2003.

Kruk A., „Bezpieczeństwo i działalność na rzecz rozbrojenia w myśli politycznej Hansa-Dietricha Genschera“, *Przegląd Naukowo-Metodyczny. Edukacja dla Bezpieczeństwa*, Nr. 3 (2009).

Kruk A., *Hans-Dietrich Genscher w polityce wewnętrznej i zagranicznej RFN w latach 1969-1992*, Katowice 2010.

Risse-Kappen T., *Null-Lösung. Die weltweite Abrüstung der landgestützten Mittelstreckenflugkörper. Eine politische Bewertung*, Frankfurt am Main 1987.

Seidelmann R., *Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Entstehungsursachen, Konzepte und Perspektiven*, Frankfurt am Main–New York 1982.

- Stolarczyk M., „Friedensordnung in Europa jako środek prowadzący do zjednoczenia państwowego Niemiec“, in: J. Sawczuk (Hrsg.), *Zamknięcie kwestii niemieckiej 1989-1991. Studia i szkice*, Opole 2007.
- Węc J.J., „Die Entwicklung des Konzepts von Hans-Dietrich Genscher in der bundesdeutschen Entspannungspolitik in den Jahren 1974-1989. Herkunft-Instrumente-Auswirkungen“, *Politeja*, vol. 17, Nr. 6/69 (2020), <https://doi.org/10.12797/Politeja.17.2020.69.07>.
- Węc J.J., „Die Konzeption einer gesamteuropäischen Friedensordnung in der Ostpolitik der SPD/FDP-Koalitionsregierung in den Jahren 1969-1974“, in: T. Kubin, J. Łapaj-Kucharska, T. Okrasa (Hrsg.), *Wokół teoretycznych i praktycznych aspektów stosunków międzynarodowych. Księga jubileuszowa dedykowana Profesorowi Mieczysławowi Stolarczykowi*, Katowice 2020.
- Węc J.J., „Die Programmentwicklung und die Strategie der FDP in der Ostpolitik in den Jahren 1969-1974 im Lichte der neuen Quellen aus dem Archiv des Deutschen Liberalismus“, *Politeja*, vol. 17, Nr. 6/69 (2020), S. 113-134, <https://doi.org/10.12797/Politeja.17.2020.69.06>.
- Węc J.J., *FDP wobec polityki wschodniej RFN 1969-1982*, Poznań 1990.

Prof. Dr. phil. habil. Janusz Józef WĘC – Ordentlicher Professor für Zeitgeschichte und internationale Beziehungen, Leiter des Lehrstuhls für Integrationsprozesse am Institut für Politische Wissenschaft und Internationale Beziehungen der Jagiellonen-Universität zu Krakau. In den Jahren 2016-2019 Leiter des Forschung-Didaktik-Projekts der Europäischen Kommission im Rahmen des Jean-Monnet-Lehrstuhls unter dem Titel *European Union in Crisis: What is Wrong and How to Fix It?*; Autor der 250 im In- und Ausland herausgegebenen wissenschaftlichen Publikationen, darunter: 21 Monographien und Synthesen zum Thema: System der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union, europäische sowie außereuropäische Integration, polnisch-deutsche Beziehungen, Zeitgeschichte Deutschlands, deutsches politisches System. Zuletzt veröffentlichte Monographien: *Germany's Position on the System Reform of the European Union in 2002-2016*, (Berlin-Bern-Bruxelles-New York-Oxford 2018); *Niemcy wobec reformy ustrojowej Unii Europejskiej w latach 2002-2016* (Kraków 2017); *Traktat lizboński. Polityczne aspekty reformy ustrojowej Unii Europejskiej w latach 2007-2015* (Kraków 2016); *Pierwsza polska prezydencja w Unii Europejskiej. Uwarunkowania – procesy decyzyjne – osiągnięcia i niepowodzenia* (Kraków 2012); *Spór o kształt ustrojowy Wspólnot Europejskich i Unii Europejskiej w latach 1950-2010. Między ideą ponadnarodowości a współpracą międzyrządową. Analiza politologiczna* (Kraków 2012); *Sozialliberale Ostpolitik: Die FDP und der Warschauer Vertrag. Die Haltung der FDP gegenüber den Verhandlungen mit Polen über den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970* (Potsdam 2011).